

GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERVEREINIGUNG
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN" NR. 4/ NOV. 1982

Einladung

zu einer Informationsveranstaltung
zum Thema „MÜLLDEPONIE BÜTTELBORN“

am Dienstag, den 16. 11. 1982 um 20.00 Uhr
im Volkshaus Büttelborn

Wie aus der Presse bekannt, ist Büttelborn als Standort für die nächste Mülldeponie des Landkreises vom Kreistag beschlossen.

Wir, die GLB, sprechen uns nach wie vor gegen diesen Beschluß aus, da bislang weder nachgewiesen ist, daß Büttelborn den „besten“ Standort darstellt, noch die von uns immer wieder geforderte Bereitschaft durch Taten nachgewiesen wird, von einer simplen Auftürmung des Mülls auf Müllwirtschaft umzuschalten.

Unsere Veranstaltung soll dazu dienen, die Bürger Büttelborns, die nach unserer Meinung als Betroffene Anspruch darauf haben, über den gegenwärtigen Stand der Planung zu unterrichten. Durch den Kreis, die Riedwerke und die Presse wird dem Informationsanspruch der Bürger nur höchst unzureichend Rechnung getragen.

Wir haben zu dieser Veranstaltung eingeladen:

Landrat Blodt, H. Lange (Dir. der Riedwerke), Bgm. Imhof, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, BUND-Ortsgruppe, Vogelschutzverein Büttelborn, Vogelschutzverein Worfelden, die GRÜNEN im Kreistag, Förster Meyer, Bürgerinitiative, Dr. Neidhardt (BUND), Ortsbauernverbände Büttelborn, Klein-Gerau und Worfelden.

Wir gehen davon aus, daß alle die wir eingeladen haben auch kommen und den Bürgern für Fragen aufgeschlossen zur Verfügung stehen.

Neutrassierung der B 44

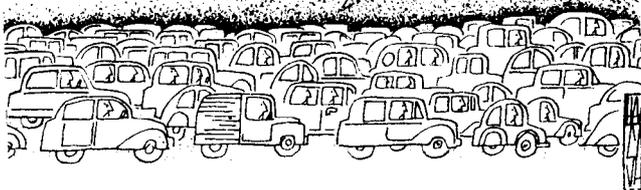
Das Land Hessen beabsichtigt, die Bundesstraße B 44 neu zu trassieren. Die vorgesehene neue Straßenführung soll Dornheim und Berkach östlich umgehen und an Büttelborn und Klein-Gerau westlich vorbeigeführt werden. Im südlichen Teil ist die Anbindung an die bereits vorhandene Umgehungsstraße bei Wolfskehlen vorgesehen. Die nördliche Anbindung ist alternativ im Bereich Wasserweg/Breslauerstr. (ALT. A) oder Woogsdamm (ALT. B) an die vorhandene B 44 geplant.

Im folgenden will ich den Standpunkt der GLB zu diesem Planungsvorhaben erläutern:

Verkehrspolitisch bestehen bereits Bedenken, ob das erklärte Planungsziel, nämlich eine Entlastung der Innenstadt Groß-Gerau und des Ortsteils Dornheim mit der beabsichtigten Umgehungsstraße überhaupt erreicht werden kann. So wird die neue B 44 den Zielverkehr nach Groß-Gerau nicht aufnehmen können. Die vorgesehenen Anbindungen im Osten und Westen der Kreisstadt sind derart unattraktiv, daß schon jetzt zu erwarten steht, daß der von Süden kommende Autofahrer diese Möglichkeiten der Zufahrt nach Groß-Gerau nicht nutzen wird. Eine Anbindung ist nämlich im östlichen Bereich nur über die Klein-Gerauer-Str. vorgesehen und damit durch zwei Bahnübergänge mit Schranken völlig ohne jeden Anspruch auf Autofahrer. Die weiteren Anbindungen sind nur von Norden her geplant. Schon durch die innerörtliche Verkehrsführung in Groß-Gerau werden sie keinem Kraftfahrer attraktiv erscheinen. Es wird also bei der Benutzung der seitherigen Strecke verbleiben.

Die planende Behörde hat es bislang unterlassen, genaue Untersuchungen zu unternehmen, ob für die geplante Umgehungsstraße überhaupt ein Bedarf vorhanden ist. Hier hätte es mindestens erwartet werden können, daß Verkehrszählungen vorgenommen werden, die klar erhellten, welche Ziele von Kraftfahrern angestrebt werden, die die B 44 in Nord-Südrichtung benutzen. Interessant kann die neue Straßenführung doch nur für solche Kraftfahrer sein, die von Süden kommend Richtung Frankfurt weiterfahren oder umgekehrt. Für den Straßenverkehr nach Nauheim, Mainz, Rüsselsheim oder Darmstadt ist die neue Streckenführung eher hinderlich. Hinzu kommt, daß für den Zielverkehr nach Dornheim oder von Dornheim weg nichts gewonnen wird. Es fehlt hier an jeglicher Anbindung. Der Verkehr vom und zum Gewerbegebiet in Dornheim wird nach wie vor durch den Ort geleitet.

MEINE PERSÖNLICHE,
FREIHEIT UND MOBILITÄT
AUFGEBEN... DAS KÖNNTE
ICH NIE!



Letztlich wirkt die neue Straßenführung verkehrspolitischen Planungszielen auch in soweit entgegen, als durch die Linienführung entlang der Bundesbahnstrecke Mannheim-Frankfurt dem Individualverkehr Vorrang vor dem öffentlichen Nahverkehr eingeräumt wird oder doch zumindest eine Konkurrenz aufgebaut wird.

Im Gemarkungsbereich der Gemeinde Büttelborn wird die Baumaßnahme dazu führen, daß mindestens sieben ha bestes Ackerland mit Bodenzahlen von 60 und mehr vernichtet werden. Die bereits bedenklich fortgeschrittene Verpflasterung der Landschaft würde weitergetrieben. Dies ist um so unverständlicher, als der wirtschaftliche Nutzen doch sehr fragwürdig ist. Bis heute liegt keinerlei Kosten/Nutzenanalyse vor.

Bei derart zweifelhaften Vorgaben läßt die Umweltbelastung, die bei Durchführung des Projekts zu erwarten steht, letzte Fürsprache für die geplante Umgehungsstraße verstummen. Ist denn die Gemarkung nicht bereits genug zerschnitten? Schließlich haben wir bereits die Bundesstraße B 42, die Bahnlinie Darmstadt-Mainz, die Autobahn BAB 67. Es bedarf doch nun wirklich keiner weiteren Trasse, die einschließlich erforderlicher Wirtschaftswege eine Breite von 30 m beanspruchen wird.

Durch Abgase und Lärm sind die Bürger Büttelborns auch ohne eine neue Bundesstraße im Übermaß beeinträchtigt. Der bereits vorhandene Straßen-, Bahn- und Flugverkehr hat ein Ausmaß erreicht, das die auf unsere Bürger ausgehenden Belastungen in für die Gesundheit kritische Bereiche treibt. Noch mehr Abgas und noch mehr Lärm kann nicht toleriert werden. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß die Trasse etwa 600 m an der vorhandenen Wohnbebauung vorbeigeführt werden soll. Die Planung läuft offensichtlich nach dem Grundsatz: „Wo bereits Belastungen vorhanden sind, schadet ein Mehr auch nicht“.

Auch die Beeinträchtigung des Grundwassers steht zu erwarten. Das von der Straße ablaufende Schmutzwasser soll so, wie es mit Streusalz im Winter oder während des ganzen Jahres mit Kohlenwasserstoff versetzt ist, nach der Planung im Erdreich versickern.

Die vorgesehene Trasse durchschneidet dicht an der Büttelborner Gemarkungsgrenze im Bereich von Dornheim und Berkach schutzwürdige Landschaftsteile. So werden der Trasse etwa 2 ha Wald zum Opfer fallen. Ein Naherholungsgebiet bestehend aus Fischteichen wird zerschnitten und damit nicht mehr nutzbar sein. Das im südlichen Gemarkungsteil der Gemeinde Büttelborn vorhandene Naturschutzgebiet wird in Mitleidenschaft gezogen.

Wir sind der Meinung, daß bei der wirtschaftlichen Fragwürdigkeit des Projekts, bei den unbestreitbar vorhandenen verkehrspolitischen Zweifeln am Sinn der Planung und bei der Unwahrscheinlichkeit, das erklärte Ziel der Planung, nämlich eine Entlastung der Stadt Groß-Gerau und seiner Vororte zu erreichen, die zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen eine Durchführung des Projekts verbieten. Wie bei allen derartigen Großbauvorhaben fehlt es bezeichnenderweise auch diesmal an einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Bürger der Gemeinde Büttelborn fordern wir daher auf, sich mit uns der geplanten Neutrassierung der B 44 zu widersetzen!

Aus der Gemeindevertretung

11. Sitzung

Um die ausgeräumte Landschaft etwas aufzulockern, beantragte die GLB die Westseite der Griesheimer Straße in der Gemarkung Büttelborn und die Westseite der Mörfelder Chaussee in der Gemarkung Worfelden mit Bäumen zu bepflanzen.

SPD und CDU lehnten dies ab.

Ein weiterer Antrag der GLB auf Ausweisung des Büttelborner Gemeindegebietes zur atomwaffenfreien Zone wurde von Gemeindevertretervorsteher Flauaus (SPD) nicht zur Beratung zugelassen. Ein Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema scheiterte an den Stimmen von CDU und SPD (mit einer Ausnahme).

Zwei Wochen später erklärte der Kreistag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN das gesamte Kreisgebiet zur atomwaffenfreien Zone.

12. Sitzung

Die GLB stimmte einem Antrag der SPD zu, im Stellenplan 1983 die Stelle eines Jugendpflegers zu schaffen. Die SPD will die Stelle allerdings erst dann besetzen, wenn in Büttelborn ein würdiger Raum gefunden ist, der den Schreibtisch des Jugendpflegers aufnehmen kann.

Nach unserer Meinung ist das Hauptarbeitsgebiet eines Jugendpflegers vor Ort, bei den Jugendlichen in den Jugendräumen zu suchen. Wir glauben, daß man die Zeit bis zur standesgemäßen Ausstattung eines Büros durchaus hätte überbrücken können. Deshalb plädierten wir für eine Ausschreibung der Stelle zum 1. 1. 83. Damit konnten wir uns leider nicht durchsetzen.

An der grundsätzlichen Zustimmung zu diesem SPD-Antrag, der dann gegen die Stimmen der CDU verabschiedet wurde, konnte das nichts ändern.

Frieder Engel

GRÜNSCHNABEL
GRÜSST DEN NEUEN
KANZLERKANDIDATEN

HANS-JOCHEN



D.S.



Solaranlage kann bis zu 90% des Warmwasserbedarfs decken.

Gerade bei einem Sommer wie in diesem Jahr ist's ärgerlich, wenn man daran denkt, daß man für die Warmwasserbereitung wertvolles Heizöl oder teuren Strom opfern muß. Scheint doch die Sonne mit einer solchen Intensität, daß es einem leid tut, diese nicht zu nutzen. Bei den heutigen Energiepreisen ist es da durchaus an der Zeit, sich Gedanken zu machen, ob man nicht eine Solaranlage für die Warmwasserbereitung vorsieht.

Für den Bastler und Heimwerker ist sowas besonders interessant. Auch bei der Gemeinde kann man Überlegungen anstellen, ob eine Installation von Solaranlagen, beispielsweise bei den Sporthallen, rentabel ist. Dort könnte im Sommer die Erwärmung des Duschwassers fast zu 100% gedeckt werden.

Erfahrungen mit Anlagen, die schon mehrere Jahre in Betrieb sind haben gezeigt, daß die Solaranlage im Sommer 90% und im Winter immerhin noch 30% des Warmwasserbedarfs decken kann. Dabei braucht man 1–2 m² Kollektorfläche pro Person und ein Speichervolumen von ca. 100 Litern.

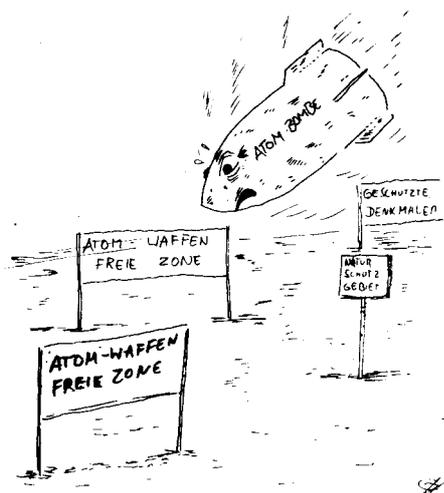
Bei Rentabilitätsrechnungen kam man zu dem Ergebnis, daß sich eine Solaranlage im günstigsten Fall nach 5 Jahren, im ungünstigsten nach 15 Jahren amortisiert hat.

Bei einer Lebensdauer von über 20 Jahren hat man dann mindestens 5 Jahre Energie zum Nulltarif und nutzt die ganze Zeit über die beste, billigste und am meisten vorhandene Energieform überhaupt. Näheres und Buchtips vom Verfasser.

Dieter Schulmeyer

Mut gehört dazu . . . !
Zum Thema atomwaffenfreie Zone Büttelborn

Die GLB (Grüne Liste Büttelborn, unabhängige Wählervereinigung) entrüstet sich! In einer Zeit, in der die atomare Bedrohung ständig wächst und begrenzte Atomkriege als führbar gedacht werden (mit Europa als einem möglichen Schlachtfeld) bringt es die Mehrheit der Gemeindevertreter in Büttelborn nicht über sich, ein Zeichen zu setzen und einen Antrag der GLB zu behandeln, Büttelborn symbolisch zur atomwaffenfreien Zone zu erklären sowie eine gemeinsame Resolution an die Bundesregierung gegen die Stationierung, Lagerung und den Transport von Atomwaffen zu erörtern. Die Mehrheit der Gemeindevertreter plädierte für „nicht zuständig“, gestützt auf Paragraphen in der Hessischen Gemeindeordnung und in der Geschäftsordnung der Gemeinde bezüglich der Nichtkompetenz von Kommunen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei ging es der GLB doch nur um eine Willensbekundung, der solche Paragraphen nicht im Wege stehen, sonst hätte auch nie eine Resolution gegen die Startbahn West verabschiedet werden können, über dieses Projekt konnte die Gemeinde ja auch nicht entscheiden. Einstimmige Ablehnung des GLB-Antrags bei der CDU und nur eine Stimme für den GLB-Antrag in der Friedenspartei SPD. Der Friedens- und Überlebenswille der Büttelborner Bevölkerung durfte für die Gemeindevertreter am 24. 8. kein Thema sein. Mut gehört dazu, so die SPD, dieses Spielchen der Grünen nicht mitzumachen. Wir sagen dagegen, Mut gehört dazu, den Friedens- und Überlebenswillen der Bürger ernst zu nehmen und in die Parlamente zu tragen. Sollte das nicht auch für Mitglieder einer Partei gelten, die in Bonn regiert und für Mitglieder der Partei, die in Bonn wieder an die Regierung will? Aus Anlaß des internationalen Antikriegstages am 1. September, dem Tag zum Gedenken des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. Sept. 1939, fordern die sozialdemokratische Europaabgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul (Rüsselsheim) und die

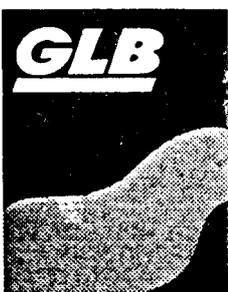


Vorsitzende der südhessischen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Barabara Schmidtbauer (Darmstadt) die Gemeinden, Städte und Kreise auf, jede Stationierung und Lagerung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet abzulehnen. Auf die Unterstützung ihrer Kollegen in Büttelborn dürfen sie dabei nicht hoffen. Mit der Friedensbewegung setzt sich die GLB für Abrüstung in Ost und West und für ein atomwaffenfreies Europa ein. Ein atomwaffenfreies Büttelborn wäre, wie Mörfelden-Walldorf, die Stadt in unserer nächsten Nähe, die es geschafft hat, ein kleiner Schritt auf diesem weiten Wege gewesen.

Auch der Kreistag hat das Kreisgebiet zur atomwaffenfreien Zone erklärt.
 Das ganze Kreisgebiet? –
 Nach dem Beschluß der Gemeinde ist doch wohl das Gebiet von Büttelborn ausgeschlossen.

Vielleicht denken die Verweigerer im Büttelborner Gemeindeparlament noch einmal nach.

Karin Fischer



IMPRESSUM

Herausgeber: Unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN
 V.i.S.d.P.: Rainer Jansohn, Büttelborn 1

Redaktionsanschrift: Hans-R. Haybach, Isarstr. 1, 6087 Büttelborn 3, Telefon 7367